



KEESA

Kampagne für
Entschuldung und
Entschädigung im
Südlichen Afrika

Rundschreiben 32 Januar 2024

- Das Recht «Nein» zu sagen – Nonhle Mbuthuma
- 2023 – Ein dunkles Jahr für Südafrika
- Sambia – Mopani Kupferminen
- Simbabwe – Demokratische Prozesse zur Farce gemacht
- Mosambik weiterhin im Unruhezustand

Das Recht «NEIN» zu sagen

Interview mit der südafrikanischen Aktivistin Nonhle Mbuthuma

Am Basel Forum für Klimagerechtigkeit und Finanzregulierung vom 22.-25. Juni 2023 trafen sich Aktivist*innen aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden. Das mehrtägige Forum endete mit einer Demonstration zur Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der sich auch Greta Thunberg anschloss. Dort wurde eine Resolution gegen die Finanzierung von fossilen Brennstoffen durch die Notenbanken abgegeben. Die Aktivist*innen wurden vom damaligen Basler Regierungspräsidenten Beat Jans zu einem Gespräch empfangen. Mit dabei war auch die südafrikanische Aktivistin Nonhle Mbuthuma, Sprecherin des Amadiba Crisis Committee (ACC). Die KEESA konnte mit Nonhle ein ausführliches Gespräch führen.

Das ACC wurde 2007 von Bewohner*innen der Wild Coast im Eastern Pondoland gegründet. Entlang der unberührten Küste im Südosten Südafrikas ist eine Tagebau-Titanmine geplant sowie der Bau einer Autobahn. Seit über 16 Jahren kämpfen die im ACC organisierten Bewohner*innen gegen diese Vorhaben, die ihre Lebensgrundlage zerstören würden.

Nonhle, wo steht euer Kampf gegen den Verlauf der Autobahn entlang der Küste der Wild Coast heute?

Er wird immer komplexer. Wir haben bisher alles getan, um über Dialog eine Lösung mit SANRAL (der für den Bau zuständigen parastaatlichen Firma) zu erreichen. Unser Ziel ist es nicht, die Autobahn zu

verhindern, sondern den Verlauf der Autobahn ins Landesinnere zu verlegen, so wie das ursprünglich geplant war. Letztes Jahr sah es dafür vielversprechend aus. SANRAL versicherte uns, dass die Verlegung kein grosses Problem sei. Das Problem liege bei der Umweltbehörde, die den Verlauf auf Umweltstandards prüfen und für gut befinden müsse.

Wir schlugen SANRAL ein gemeinsames Treffen mit der Umweltbehörde vor. SANRAL sagte zu, doch dann geschah nichts mehr. Darauf organisierte das ACC ein Treffen mit der Umweltbehörde. Diese bestätigte unsere Informationen, wonach sie für die Verlegung der Route nicht zuständig seien, eine solche könne nur SANRAL beantragen. Die Umweltbehörde könne in diesem Fall schnell entscheiden, sie brauchten jeweils nur 90 Tage. Dies, weil das ACC ja nicht eine neue Route wolle. Doch SANRAL meinte, eine Verlaufsänderung würde 10 Jahre in Anspruch nehmen!

Wieso 10 Jahre?

Mit dieser Taktik wollen sie die Menschen gegen uns aufbringen. Denn die Bevölkerung von Amadiba wartet schon lange auf eine Strasse. Wenn man ihnen jetzt sagt, es gehe noch 10 Jahre, erscheint die Anschuldigung glaubwürdig, dass wir vom ACC die Autobahn verhindern wollen.

Da wir keine Fachleute für Strassenbau sind, baten wir Anfang 2023 uns nahestehende Ingenieure um



Nonhle Mbuthuma an der Demonstration vom 25. Juni 23 in Basel
Bild: A. Garcia

eine Expertise. Sie bestätigten, dass eine Verlaufsänderung sehr wohl umsetzbar sei. Nach einigen Gesprächen zwischen SANRAL, den Ingenieuren sowie unseren Anwälten sah es so aus, als würde SANRAL unseren Vorschlag prüfen. Doch irgendwann brach der Kontakt ab, sie antworteten nicht mehr auf unsere E-Mails. Wir erfuhren später, dass der Geschäftsleiter von SANRAL gekündigt hatte. Er hatte den Dialog mit uns unterstützt und war auf unsere Vorschläge eingegangen.

Da drängt sich die Frage auf, ob er die Kündigung einreichte oder ob SANRAL sie ihm nahe legte...

Wir vermuten, dass Druck auf ihn ausgeübt wurde. Denn innerhalb von SANRAL gab es jemanden, der gegen die Forderungen von ACC auftrat: der Vertreter des ANC in SANRAL. Seine Funktion ist es, die Interessen der Partei innerhalb der Firma zu wahren. Uns wurde eine Beteiligung an der Autobahn angeboten, damit wir unsere Forderungen nach einer Verlegung zurückziehen. Doch der ACC will keine finanziellen Vorteile, wir kämpfen für die Gemeinschaften an der Küste sowie für den Erhalt unseres Lebensraums und unserer Lebensweise. Das ist der aktuelle Stand – wir sind blockiert, was die Gespräche mit SANRAL anbelangt.

Doch wir kämpfen weiter, denn der Widerstand der Behörden ist so gross, weil viel mehr als «nur» die Autobahn dahintersteckt. Wir wollen deshalb die Öffentlichkeit informieren, um was es hier in Wirklichkeit geht. In allen neun Provinzen wollen wir Seminare durchführen, die Leute informieren und neue Bündnisse schmieden. Wir denken, dass wir gerichtlich vorgehen müssen. Dazu brauchen wir Verbündete, denn SANRAL wird viel Propaganda gegen uns in Umlauf bringen.

Was steckt denn hinter dem Widerstand gegen eine Verlegung der Autobahn?

Es stecken weitere Megaprojekte an der Wild Coast dahinter. Die Autobahn ist lediglich der Schlüssel zu anderen Megaprojekten: Die Titanmine, die wir ebenfalls schon lange bekämpfen, weiter sind Erdöl- und Erdgasförderung sowie Smart Cities in Eastern Pondoland geplant. Eine Verlegung der Strasse würde diesen Plänen natürlich einen Strich durch die Rechnung machen. Wir machen uns Sorgen, denn derartige Megaprojekte können nur Eines bedeuten: die Vertreibung der betroffenen Dorfgemeinschaften.

Ähnliche Pläne gab es übrigens bereits während der britischen Kolonialherrschaft; damals waren eine Eisenbahn, Städte an der Küste sowie ein Hafen geplant. Diese Pläne werden jetzt wieder aufgegriffen.

Wer steckt hinter diesen Megaprojekten?

Es sind ausländische Investoren. Die Propaganda behauptet, dass die Projekte unsere Wirtschaft ankurbeln würden. Bei der Erdgas- und Erdölförderung steckt eine holländische Firma dahinter, bei den Smart Cities wissen wir es nicht, aber der Hafen ist bereits in den Händen einer chinesischen Firma.

Ist dies in Südafrika bekannt?

Nein, überhaupt nicht. Wenn der Präsident darüber spricht, geht es nur um die Entwicklung der Infrastruktur. Er sagt, dass das Eastern Pondoland, eines der Homelands unter der Apartheid, bei der Entwicklung der Infrastruktur übergegangen wurde. Die Wahrheit ist jedoch, dass unsere Vorfahren unseren Lebensraum gegen die britischen Kolonisatoren verteidigten. Niemand hat die Menschen in Eastern Pondoland je gefragt, welche Art von «Entwicklung» sie wollen! Wir kämpfen für eine Entwicklung, die von der Basis, von den Menschen aus geht, und nicht für eine Entwicklung, die man uns von aussen aufzwingt.

Aufgrund eures Kampfs seid ihr auch mit Drohungen konfrontiert.

Ja, wenn man ein so riesiges Projekt bekämpft, in welches viele bereits Geld gesteckt haben und durch

Megaprojekte an der Wild Coast

Neben der Autobahn N2, die Durban mit East London verbindet und nahe an der ökologisch wertvollen Küste geführt werden soll, bedrohen weitere Megaprojekte die Wild Coast, die zusammenhängen:

- Das Xolobeni Mining Project der australischen Mineral Commodities Ltd (MRC) und der südafrikanischen Transworld Energy and Minerals Resources: Es geht um die Förderung von Titan im Tagbau.

*- Die Gegner*innen der N2 befürchten, dass entlang der neuen Autobahn weiteres spekulatives Kapital in Infrastrukturbauten eingesetzt wird.*

- Noch scheinen die Pläne nicht weit fortgeschritten, doch soll ein neuer Hafen gebaut werden, um den Export von Titan und weiteren Mineralien zu fördern.

- 2021 tauchte praktisch aus dem Nichts ein Schiff vor der Wild Coast auf und führte erste seismische Explorationen von möglichen Erdöl- und Erdgasvorkommen durch. Das Schiff arbeitete im Auftrag von Shell und der lokalen Impact Africa. 2022 verbot ein Gericht alle weiteren Explorationen, doch Shell hat Einspruch erhoben. Der Ausgang ist offen.

welches viele hoffen, reich zu werden, erhalten wir als Aktivist*innen viele Todesdrohungen. Wir werden oft als Gegner*innen von «Entwicklung» bezeichnet. Mit derartiger Diffamation schaffen sie es, unsere Gemeinschaften zu spalten. Sie reden immer davon, dass diese Megaprojekte Arbeitsstellen schaffen werden. Sie wiederholen laufend: Jobs, Jobs, Jobs – über sozialen Zusammenhalt verlieren sie kein Wort. Wir wissen, dass es diese Arbeitsstellen nur für ein paar Monate gibt, sie sind nicht nachhaltig. Und nachher, wenn die Jobs weg sind, werden diese Menschen vom Staat abhängig, da sie keine anderen Erwerbsmöglichkeiten mehr haben.

Die Todesdrohungen, die wir erhalten, sind real. Aktivist*innen von ACC wurden bereits umgebracht und die Straflosigkeit ist enorm, wir warten immer noch darauf, dass die Justiz aktiv wird. Und wir sehen auch, wie der Staat involviert ist und die Justiz in ihrer Arbeit behindert.

Nach dir sind die Pläne der südafrikanischen Regierung an der Wild Coast ein Ausdruck «kolonialer Entwicklung»?

Ja, das ist unsere Meinung. Unsere Verfassung ist super, denn sie besagt: «keine Entwicklung ohne die Menschen». Das heisst, die Regierung muss die Gemeinschaften einbeziehen. Wir folgen der Verfassung, doch unsere eigene Regierung verhält sich verfassungswidrig. Sie informiert nicht, sie bezieht die Bevölkerung nicht mit ein. Deshalb gab uns das Gericht 2018 Recht und urteilte, dass wir als Gemeinschaften sehr wohl das Recht haben «Nein» zu sagen. Wir haben das Recht zu wählen, zuzustimmen, aber auch ein Projekt abzulehnen. Profit darf dieses Recht nicht übergehen.

Weshalb ist eine Veranstaltung wie das Forum für Klimagerechtigkeit und Finanzregulierung wichtig für euren Kampf?

Die Finanzierung, die Investitionen, sind ein wichtiges Thema – Geld, von welchem wir zum Teil nicht wissen, woher es kommt. So sagen wir in unserem konkreten Fall Nein zur Finanzierung von Erdöl- und -gas an der Wild Coast. Dieses Forum ist eine gute Plattform, um den Banken, die solche Firmen finanzieren, gemeinsam zu sagen, dass wir keine Finanzierung von fossilen Brennstoffen wollen, denn sie zerstören unseren Planeten. Wir wollen diesen Banken mitteilen, dass sie, bevor sie investieren, zuerst überprüfen müssen, ob die Bevölkerung den jeweiligen Projekten zustimmen. Wir müssen zusammen kämpfen, zusammen vorgehen, um gegen diese Krise anzugehen.

Was können wir tun, um euch zu unterstützen?

Es ist wichtig, dass die gesamte Zivilgesellschaft auf nationaler wie internationaler Ebene zusammen aktiv werden. Wir wissen, dass die internationale Unterstützung etwas bewirkt, dass sie gehört wird in Südafrika.

Vielen Dank Nonhle, für dieses Gespräch und viel Erfolg bei eurer wichtigen Arbeit!



Widerstand gegen das Minenprojekt in Xolobeni.

Bild: ACC Facebookseite

2023 – Ein dunkles Jahr in Südafrika trotz Finanzspritze aus China

Rechtzeitig zur Weihnachtszeit bescherte das südafrikanische Stromversorgungsunternehmen ESKOM dem Land ein Geschenk: Von Mitte Dezember bis am 1. Januar kam es zu keinem «Loadshedding», wie die staatlich geplanten Stromausfälle in Südafrika genannt werden. Trotz dieses Lichtblicks war 2023 ein düsteres Jahr: Mit 335 Tagen «Loadshedding» ist [2023 das Jahr mit den meisten Stromausfällen](#) in der Geschichte des Landes.



Stillgelegtes Kohlekraftwerk in Soweto.

Bild: Archiv

Doch die südafrikanische Regierung scheint an einer Lösung zu arbeiten. Im Rahmen des BRICS-Gipfeltreffens im August des vergangenen Jahres in Südafrika, unterzeichnete der südafrikanische Elektrizitätsminister Kgosientsho Ramokgopa ein [Kooperationsmemorandum](#) mit acht chinesischen Energieunternehmen. Laut Ramokgopa werden die chinesischen Unternehmen helfen, die Leistungen der Kohlekraftwerke zu verbessern sowie zum Ausbau der Verteilungsinfrastruktur beizutragen. Zudem spendete die chinesische Regierung 167 Millionen Rand (ca. 7,5 Millionen CHF) an Notstromanlagen und 500 Millionen Rand (ca. 23 Millionen CHF) an Entwicklungshilfe. Der Minister versicherte, dass die Spenden an keine Bedingungen geknüpft seien.

Das auf drei Jahre angelegte Memorandum wirft jedoch auch Fragen zur Abhängigkeit Südafrikas von China auf. So forderte der Vorsitzende des China Africa Development Fund und Mitunterzeichner des Memorandums, Song Lei, dass Südafrika im Namen der Effizienz die Vergabeverfahren verbessern und die Vorschriften bezüglich Black Economic Empowerment (BEE) lockern sollte. Inwiefern das Abkommen ein Lichtblick für die südafrikanische Bevölkerung sein wird, wird sich in den nächsten drei Jahren zeigen.

Simbabwe: Demokratische Prozesse zur Farce gemacht

Der simbabwische Machthaber E. D. Mnangagwa schert sich wenig um ein demokratisches Mäntelchen – so offensichtlich ist seine Missachtung demokratischer Prinzipien und Abläufe. Er vertraut darauf, dass der Westen aus Sorge um die regionale Stabilität und weil er seinen Einfluss im südlichen Afrika nicht gefährden will, keine weiteren Massnahmen gegen sein Land ergreifen wird. An Käufern für die umfangreichen einheimischen Bodenschätze – Gold, Platin und neuerdings auch Lithium – besteht kein Mangel. Und auch der mächtige Nachbar Südafrika scheint keine Probleme mit den Zuständen in Simbabwe zu haben. Die Bevölkerung Simbabwes fühlt sich allein gelassen. Wer kann, verlässt das Land.

Wahlbetrug und Repression

Schon zweimal seit dem Militärputsch, der Emmerson Mnangagwa 2017 an die Macht brachte, sind in Simbabwe Wahlen durchgeführt worden. Beide Male warf die Opposition dem Regime Wahlbetrug vor. Besonders die Wahlen vom August 2023 waren durch gravierende Unregelmäßigkeiten ge-

kennzeichnet, wie internationale Wahlbeobachterteams übereinstimmend feststellten, unter ihnen zum ersten Mal auch dasjenige der SADC (Southern African Development Community). Angeprangert werden unter anderem multiple Behinderung des Wahlkampfes der Oppositionspartei CCC, massive Einschüchterung der Wählerschaft, Unregelmäßigkeiten im Wahlregister, verspätete Lieferung der Wahlzettel zu den Wahllokalen in den Zentren der Opposition, fehlende Transparenz bei der Ermittlung der Resultate. Gemäss der CCC hat die Opposition die Wahlen für sich entschieden. Aus Mangel an Vertrauen in die der Regierung hörige Gerichtsbarkeit, habe sie jedoch auf eine gerichtliche Anfechtung der Wahlergebnisse verzichtet.

Trotz der Manipulationen ist es der regierenden ZANU-PF nicht gelungen, die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Eine solche würde Emmerson Mnangagwa ermöglichen, sich in fünf Jahren für eine dritte Amtsperiode wählen zu lassen. Um diese im Nachgang der Wahlen dennoch zu erreichen, hat die ZANU-PF

Konflikte in der Oppositionspartei wie schon bei den letzten Wahlen dazu benutzt, von der Bevölkerung gewählten Parlamentarier*innen die Legitimierung abzusprechen. Insgesamt 23 Abgeordnete der CCC wurden von Parlament und Senat ausgeschlossen. Sie wurden von der Bereitschaftspolizei gewaltsam aus dem Parlament entfernt; bei den Nachwahlen vom 9. Dezember durften sie nicht kandidieren. Ihre Einsprache lehnte das angerufene Gericht aus formellen Gründen ab. Erwartungsgemäss ging dann die Mehrheit der Sitze an die ZANU-PF.

Parallel zu diesen Machenschaften schränken Repressalien den demokratischen Freiraum weiter ein. James Chidhakwa, ehemaliger Parlamentarier, sowie Takudzwa Ngadzire, neu gewählter Parlamentarier, wurden von Geheimdienstleuten entführt, gefoltert und erhielten eine Injektion mit einer unbekannt Substanz. Verletzungen ihrer demokratischen Rechte mussten auch zahlreiche Wahlbeobachter*innen der Opposition erleiden, die nach den Wahlen Opfer von Repressalien wurden (niedergebrannte Häuser, sonstige Gewalt). Bei den Nachwahlen wurde ein Wahlhelfer der Opposition, Bischof T. Masaya, am 11. November von Anhängern der ZANU-PF entführt und ermordet. Seit Juni 2022 wartet der vormalige Parlamentarier Job Sikhala im Hochsicherheitsgefängnis Chikurubi auf seinen Prozess. Trotz gesundheitlicher Probleme wird ihm weiterhin die

Freilassung auf Kaution verweigert. Die aberkannten Parlamentsmandate haben auch schwerwiegende finanzielle Konsequenzen, da die CCC die ihr zustehende staatliche Parteienfinanzierung nicht mehr geltend machen kann.

Präsidentieller Zugriff auf die Wirtschaft

Derweil konsolidiert Mnangagwa seine Macht weiter. Im neuen Kabinett sitzen enge Vertraute und zwei seiner Söhne; die Militärs, die ihm zur Macht verhalfen, wurden ins Abseits gestellt. Ein präsidentieller Erlass vom 19. September unterstellte den simbabwischen Vermögensfonds Mutapa Fund der praktisch ausschliesslichen Verfügung des Präsidenten. Der 2014 gegründete Fonds verwaltet das Staatseinkommen aus Bergbau und anderen Quellen. Gemäss dem neuen Erlass haben Öffentlichkeit und Parlament keinen Anspruch auf Information über seine Tätigkeit. Zudem untersteht er weder den Beschaffungsvorschriften noch der Devisenkontrolle. Wesentliche parastaatliche Unternehmen wurden dem Fonds unterstellt, darunter auch Kuvimba Mining House, ein wichtiger Akteur bei der Lithiumgewinnung. Kuvimba Mining House gehört zum Imperium des mit Mnangagwa verbundenen Tycoons Tagwirei. Weitere Unternehmen sollen in den Fonds integriert werden. Damit wird ein lukrativer Teil Simbabwes zum Privatbesitz des Präsidenten.

Neue Besitzer, alte Probleme in den Minen Sambias

«Wir pochen seit Jahren darauf, dass sich unsere Lebensbedingungen verbessern. Das scheint kein Interesse zu generieren. Es ist nichts Neues. Aber wir haben immer noch die gleichen Probleme», sagte uns Juvience Chalwe von Green & Justice, einer kleinen Organisation, die sich für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen in Gemeinden im sambischen Copperbelt einsetzt. Obwohl Glencore seine Mehrheitsanteile an den Mopani Mines dem damaligen parastaatlichen Minderheiteninhaber ZCCM-IH Ende 2022 verkauft hat, hat sich seitdem für die Anwohner*innen nichts verändert.

Die Unsicherheiten sind noch gestiegen, vor allem für die Angestellten der vielen Subunternehmen der Mine. Der Staat hat keine finanziellen Mittel, um in die maroden Minen zu investieren, und Glencore als Hauptgläubiger und alleiniger Abnehmer des Kupfers sitzt weiterhin am Finanzhebel. Seit die langjährige Oppositionspartei die Regierung 2021 übernahm, weibelt sie nach allen Seiten für Investitionen, um das Land aus der Schuldenkrise zu führen. Jedoch scheinen die Bedingungen weiterhin zu unklar:

Die Vereinbarung zur Schuldenumstrukturierung mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) kam wieder ins Wanken, nachdem die privaten Gläubiger einen für die öffentlichen Kreditoren (u.a. China) allzu vorteilhaften Deal ausgearbeitet hatten. Anlässlich der COP28 in Dubai verkündete die sambische Regierung, dass International Resources Holding (IRH) in die Mopani Mines einsteigen soll. IRH ist mit International Holdings Company (IHC) verbunden, dem wertvollsten börsennotierten Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.

IRH verspricht, die Beziehung zu Glencore «neu aufzustellen». Es wird sich weisen, ob das Fluch oder Segen ist. Währenddessen leben die Anwohner*innen auf unfruchtbarem Land, trinken verschmutztes Wasser, fürchten um die Stabilität ihrer Häuser und die Gesundheit ihrer Kinder. Sambias Inflationsrate steht bei zwölf Prozent. Christopher Nkhata, ebenfalls von Green & Justice, fasst die Situation folgendermassen zusammen: «Wie soll ich unter diesen Bedingungen Weihnachten feiern? Ich werde mir nur ein Glas Wasser gönnen können».

Mosambik weiterhin im Unruhezustand

Am 11. Oktober 2023 fanden in Mosambik landesweit Regionalwahlen statt. Als das Wahlresultat verkündet wurde – 65 Regionen für die regierende Frelimo, nur die Region Beira an die MDM (Abspaltung von RENAMO) – kam es im ganzen Land zu teils gewaltsamen Protesten mit sechs Toten, vielen Verwundeten und Verhafteten. Die mosambikanische Anwaltskammer äusserte grosse Besorgnis über den «vergifteten» Wahlprozess und die Resultate.



Unruhen begleiteten die Regionalwahlen in Mosambik.

Bild: CIP

Ende November stellte das Verfassungsgericht fest, dass Frelimo nur 56 Regionen gewonnen habe und ordnete in den übrigen neun Neuwahlen an, konnte damit die Situation aber nicht beruhigen. Die Nachwahlen waren von Polizeiwillkür und Unregelmässigkeiten bei den Stimmabgaben geprägt, sodass keine endgültigen Wahlresultate zustande kamen.

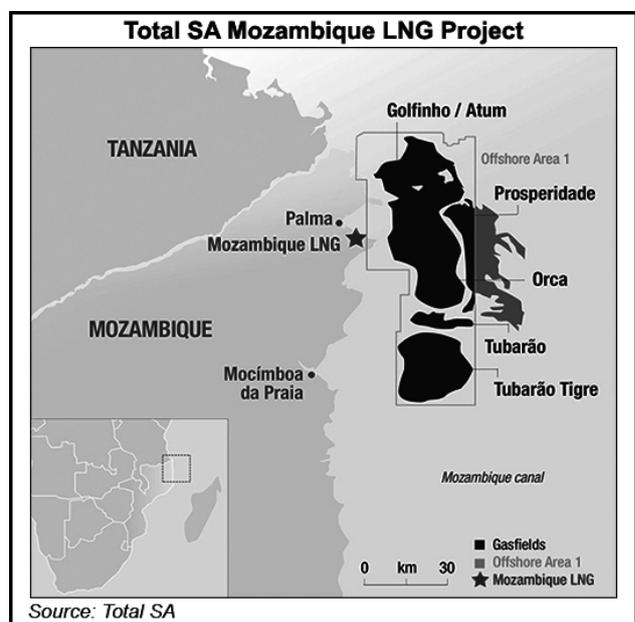
So sind die Regionalwahlen kein gutes Zeichen für die Präsidentschaftswahlen, die am 9. Oktober 2024 stattfinden werden.

Derweil will der französische Energie-Multi Total die Arbeiten am Flüssiggas-Projekt in Cabo Delgado wieder aufnehmen. Sie waren aufgrund des Kriegs im Norden Mosambiks ausgesetzt worden. Hinzu kommen die bestehenden Projekte der italienischen ENI und der britischen BP sowie der US-amerikanischen ExxonMobil und der mehrheitlich staatlichen China National Petroleum Corporation. Damit wird Cabo Delgado zu einem globalen Hotspot für die Flüssiggas-Produktion. Geschützt werden die Anlagen

durch Truppen aus Ruanda und zunehmend südafrikanische Militäreinheiten.

Die Wiederaufnahme des Total-Projekts hat 124 Organisationen aus Mosambik und der ganzen Welt dazu veranlasst, einen Aufruf an die geldgebenden Banken und Institutionen zu verfassen und einen Stopp des Projekts zu verlangen. Sie kritisieren, dass das Projekt zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen geführt habe, die Region weiterhin instabil sei, die Gasförderung nicht der Bevölkerung Mosambiks zugute komme und das Projekt das lokale Ökosystem und das globale Klima bedrohe.

[Hier findet sich der Aufruf.](#)



Und zum Schluss die erfreuliche Nachricht: Anfangs Oktober informierten der mosambikanische Finanzminister und der oberste Staatsanwalt darüber, dass mit der UBS in London eine Teileinigung über die geheimen Kredite erzielt worden sei. Genaue Details gaben sie nicht bekannt. Doch wird vermutet, dass die UBS nach der Übernahme der CS, die Mosambik die geheimen Kredite 2013/14 gewährt hatte, in die Streichung von rund der Hälfte der Schulden – rund 500 Millionen – eingewilligt hat. Ein guter Handel für Mosambik.

Mitarbeit an diesem Rundschreiben:

Aurora García, Anna-Sophie Hobi, Daniela Lilja, Rita Kesselring, Barbara Müller, Urs Sekinger

KEESA, Postfach 195, 4005 Basel
info@keesa.ch | www.keesa.ch

Auch wenn die Arbeit der KEESA grösstenteils ehrenamtlich geleistet wird, ist die KEESA immer auf finanzielle Unterstützung angewiesen!

PC 30-494115-9
IBAN CH82 0900 0000 3049 4115 9